

Oberwallis, 08.03.2023

Medienmitteilung

Berggemeinden kritisieren kantonale Langzeitpflegeplanung

Wie weiter in der Langzeitpflege? In den Walliser Alters- und Pflegeheimen sind hunderte neue Betten nötig. Nun melden sich die Oberwalliser Berggemeinden zu Wort. Sie plädieren für eine weitsichtigere Planung und eine Stärkung des betreuten Wohnens.

Mitte März 2023 endet die vom Kanton lancierte Vernehmlassung zum provisorischen Bericht über die Langzeitpflegeplanung 2023-2025. Das Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB) hat diese Gelegenheit genutzt, um seine Sichtweise zur kantonalen Betreuungspolitik in einer Stellungnahme detailliert darzulegen. Laut Kanton wünscht sich die überwiegende Mehrheit der älteren Menschen, zu Hause alt zu werden und dabei entsprechende Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen, nach jeweiligem Gesundheitszustand und Grad der Selbstständigkeit. Im Planungsbericht wird deshalb vorgeschlagen, die Anzahl der Betten in Alters- und Pflegeheimen im Zeitraum 2023-2025 nur moderat auszubauen. Konkret sollen maximal 404 neue Betten für Langzeitaufenthalte geschaffen werden.

Langfristige Betrachtungsweise nötig

Die Berggemeinden kritisieren die Strategie des Kantons insgesamt als zu kurzfristig gedacht. Laut Jean-Christoph Lehner, Gemeindepräsident von Blatten im Lötschental und NOB-Ausschussmitglied, stellen sich einige strategische Fragen. «Wie sollen innerhalb von drei Jahren hunderte Betten für die Langzeitpflege entstehen? Der Bericht wird viel zu spät vorgelegt. Das ist in Anbetracht seiner Bedeutung absolut unverständlich. Eine sinnvolle und nachhaltige Planung muss sich mindestens bis ins Jahr 2030 erstrecken», ist Lehner überzeugt. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des vorherrschenden Fachkräftemangel fordert das Netzwerk deshalb eine längerfristige Betrachtungsweise.

Man bemängelt ausserdem, dass die Gemeinden, wie bei vielen anderen Dossiers auch, nur bei der Kostenteilung berücksichtigt werden. Ihre Rolle wird dabei laut Jean-Christoph Lehner unterschätzt. In der Praxis seien es die Gemeinden, die eine wesentliche Rolle bei der Leitung und dem Betrieb von Alters- und Pflegeheimen einnehmen würden. Das gelte gerade auch in den Berggemeinden. «Die grossen Herausforderungen zwingen zu einer Reaktion. Neue und innovative Modelle sind gefragt. Leider sieht der Bericht nur zaghafte Neuerungen vor und vernachlässigt beispielsweise das Modell des sozialmedizinisch betreuten Wohnens, welches sich schweizweit vielerorts etabliert hat.»

Altersheime als Auslaufmodell

Grundsätzlich wird ein Ausbau des Langzeitbetten-Angebots vom Netzwerk befürwortet. «Die langen Wartelisten sind Beleg für ein bestehendes Bedürfnis nach Langzeitbetten», betont Gerhard Kiechler, Gemeindepräsident von Goms und ebenfalls Mitglied im NOB-Ausschuss.

Gleichzeitig weist das Netzwerk allerdings auch darauf hin, dass dieser Bedarf im Fahrwasser der demografischen Entwicklung auf lange Sicht wieder abnehmen wird. «Klassische Altersheime, wie wir sie heute kennen, gelten als Auslaufmodell. Sie werden sich künftig verstärkt auf die Aufgabe reiner Pflegeheime konzentrieren», so Kiechler.

Genau aus diesem Grund sollten entsprechende Angebote des sozialmedizinisch betreuten Wohnens bei der kantonalen Betreuungspolitik nicht vernachlässigt werden. Ein wichtiger Punkt bei der Pflege zu Hause ist die oft zu wenig gewürdigte Leistung der Angehörigen. In Anbetracht der sich verändernden Gegebenheiten - die nächste Generation wird die Eltern mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht mehr in diesem Ausmass zu Hause betreuen - stellt das Angebot des sozialmedizinisch betreuten Wohnens eine wichtige Alternative als Zwischenstufe zum Eintritt in ein Alters- und Pflegeheim dar. Das NOB fordert deshalb, dass dieses Modell durch die öffentliche Hand gefördert und finanziell unterstützt wird.

Keine Zentralisierung gewünscht

Um die Eintritte in Alters- und Pflegeheime besser zu koordinieren, schlägt der Bericht überdies die Einrichtung einer zentralen Stelle für die Verwaltung der Aufnahmen vor. Das NOB lehnt diesen Vorschlag ab: «Eine zentrale Stelle kennt die örtlichen Verhältnisse zu wenig. Die Zuteilung kann nicht am Schreibtisch erfolgen.» Ebenfalls abgelehnt wird eine weitere Senkung des Anteils der Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen mit geringem Pflegebedarf. Es könne einem Heim nicht zugemutet werden, seine Bewohner nach Pflegestufen zu selektionieren, so die Begründung. Der wirtschaftliche Druck sei in diesem Zusammenhang offensichtlich und müsse kritisch beurteilt werden.

Das ist das NOB

Die Rahmenbedingungen in den Berggebieten haben sich verschlechtert. Themen wie Abwanderung, struktureller Nachholbedarf im Tourismus oder Abbau beim Service Public stellen die Oberwalliser Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Mit dem Netzwerk der Oberwalliser Berggemeinden (NOB) wollen 41 Gemeinden ihre spezifischen Interessen besser vertreten und den Austausch untereinander fördern. Das Netzwerk ist als loser Verbund organisiert. Oberstes Organ bildet die Konferenz der Mitgliedsgemeinden, während ein 7-köpfiger Ausschuss für die Strategie und die Themenbearbeitung verantwortlich ist. An der Konferenz 2021 hat das Netzwerk den Ausserberger Gemeindepräsidenten Theo Schmid zum Vorsitzenden gewählt. Auf administrativer Ebene wird das Gremium vom Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis (RWO) unterstützt.

Weitere Informationen

Jean-Christoph Lehner, NOB-Ausschussmitglied
079 798 37 06 | jean-christoph.lehner@blatten-vs.ch

Gerhard Kiechler, NOB-Ausschussmitglied
076 328 22 05 | gerhard.kiechler@gemeinde-goms.ch

Die komplette Stellungnahme des NOB steht auf der Website des Netzwerks zur Verfügung:

nob.swiss/stellungnahmen